

Das Virus sei „unter Kontrolle“, meinte US-Präsident Donald Trump im März. Nun hat es sich zur größten Krise seiner Amtszeit ausgewachsen – eine Krise, die Trump hinter sich lassen will. Die jüngsten Opferzahlen zeigen das furchtbare Ausmaß der Katastrophe. Beerdigungen in Massengräbern. Tote, die wegen übervoller Leichenhallen in Kühllastern aufbewahrt werden. Flaggen, die im ganzen Land auf halbmast stehen. Es sind solche Bilder aus den vergangenen Tagen und Wochen, die vor Augen führen, wie hart die Corona-Pandemie die USA getroffen hat. Für das Ausmaß der Katastrophe steht nun auch eine Zahl: 100 000. Am Mittwochabend überstieg die Zahl der Todesopfer nach einer Statistik der Johns-Hopkins-Universität diese einst für undenkbar gehaltene Marke. Donald Trumps größte Krise, das wird klar, ist noch längst nicht ausgestanden.

Der „Kriegspräsident“ und das Eigenlob

In zwei Jahrzehnten Krieg in Vietnam kamen 58 220 Amerikaner ums Leben. In der Corona-Krise wurde diese Opferzahl in den USA bereits Ende April überstiegen, keine drei Monate nach dem ersten bekannten Todesfall. Noch Mitte April hatte Trump mit 60 000 bis 65 000 Toten durch das Virus gerechnet – nicht die einzige Vorhersage, mit der er falsch liegen sollte. Kritik lässt Trump – der sich zum „Kriegspräsidenten“ erklärt hat – dennoch nicht gelten.

Hohe Infektionszahlen sind für Trump eine „Auszeichnung“

Die Johns-Hopkins-Universität hat 1,7 Millionen bestätigte Infektionen registriert, seit das Coronavirus sich in den USA verbreitet hat. Trump stellt diese Zahl zwar nicht infrage, das Ausmaß der Pandemie in seinem Land relativiert er aber trotzdem: Die vielen nachgewiesenen Infektionen führt der Präsident auf die Zunahme der Tests zurück. „Wenn wir keine Tests machen würden, hätten wir nur sehr wenige Fälle“, argumentierte Trump kürzlich. Die hohe Zahl der bestätigten Infektionen nannte er „eine Auszeichnung“ – weil sie Ausweis der Qualität der amerikanischen Tests sei.



So treibt Trump die USA in eine tiefe Krise

Mehr als 100 000 Tote: Die Corona-Pandemie hat im Land der unbegrenzten Möglichkeiten katastrophale Ausmaße angenommen

Vorwürfe gegen China

Auch bei der Vielzahl an Toten sieht Trump keine Verantwortung bei sich. Stattdessen führt er an, dass er durch seine Einreisestopps für Ausländer aus China und Europa womöglich Millionen Menschenleben gerettet habe. Trump macht China gleichzeitig zum Sündenbock: Er kritisiert, dass die Chinesen die Ausbreitung des Virus nicht an dessen Quelle gestoppt hätten und dadurch enormen Schaden angerichtet hätten. „Es war entweder Dummheit, Inkompetenz, oder es war absichtlich“, sagte der Präsident vor wenigen Tagen dem Sender Fox Business.

Trump drohte China gar mit dem Abbruch der Beziehungen.

Trump's Hin und Her

Der Präsident hat in der Krise verschiedene Phasen durchlebt. Zunächst versuchte er, die Gefahr kleinzureden, obwohl die Bedrohung angesichts der Lage in anderen Weltregionen längst offenkundig war. Vor zwei Monaten versicherte er noch: „Das Coronavirus ist in den USA sehr gut unter Kontrolle.“ In einer Ansprache an die Nation verkündete Trump dann am 11. März: „Wir befinden uns in einer kritischen Phase im Kampf gegen das Virus.“ Keine zwei Wo-

chen später stellte Trump dennoch eine Wiedereröffnung der US-Wirtschaft bis Ostern in Aussicht – was er angesichts der Ausbreitung des Virus wieder einkassierte.

Trump und seine Richtlinien

Seit gut einem Monat drängt Trump die Bundesstaaten nun wieder dazu, die Schutzmaßnahmen zu lockern – paradoxerweise auch in Fällen, bei denen das gegen die von ihm präsentierten Richtlinien verstoßen würde. Der Republikaner rief zur „Befreiung“ von drei Bundesstaaten auf, die von demokratischen Gouverneuren regiert werden. Bewaffnete Demonstrationen,

die Ende April ins Parlament in Michigans Hauptstadt Lansing eindrang, nannte der Präsident „sehr gute Leute“. Ohnehin erweckt Trump nicht den Eindruck, als würde er hinter den Schutzmaßnahmen des Weißen Hauses stehen – so stellte er klar, dass er der Empfehlung, eine Atemmaske zu tragen, nicht folgen werde.

Ohne Kompass durch die Krise?

Spott handelte sich Trump ein, als er spekulierte, ob das Spritzen von Desinfektionsmittel in den Körper gegen das Virus helfen könnte. Nicht erst seit dieser Aussage werfen Kritiker dem Präsidenten vor,

orientierungslos durch die Krise zu irrlichtern. Diese Krise scheint Trump nun für beendet erklären zu wollen. Die Wahl am 3. November rückt näher, und ihm droht sein wichtigstes Wiederwahlargument abhanden zu kommen: Der Boom der US-Wirtschaft ist durch die Pandemie jäh beendet worden.

Mehr Schaden als Nutzen durch Schutzmaßnahmen

Seit März haben 40 Millionen Menschen in den USA zumindest zeitweise ihren Job verloren – so viele wie nie zuvor in so kurzer Zeit. Der Präsident argumentiert, die Schutzmaßnahmen könnten mehr Schaden anrichten als verhindern. Er macht aber kein Geheimnis daraus, dass sein Kurs auch negative Folgen haben wird. „Werden einige Menschen schwer betroffen sein? Ja“, sagte er Anfang Mai. „Aber wir müssen unser Land öffnen, und wir müssen es bald öffnen.“

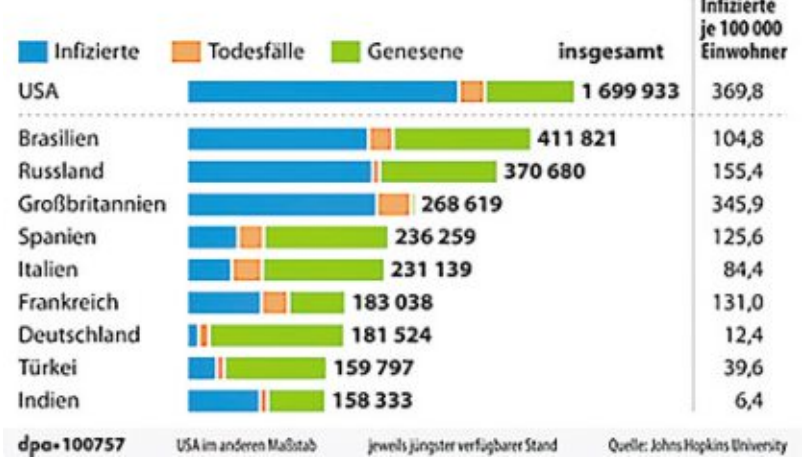
Die Warnungen der Experten

Trump scheint nur noch wenig auf mahnende Stimmen von Experten wie seinem Berater Anthony Fauci zu geben. Der Immunologe warnte im Fall einer vorzeitigen Öffnung vor der „Gefahr mehrfacher Ausbrüche“ im Land. „Das wird nicht nur unnötiges Leiden und Tod zur Folge haben, sondern würde uns tatsächlich auf unserer Suche nach einer Rückkehr zur Normalität zurückschleifen.“ Forscher des Instituts IHME der Universität Washington in Seattle rechnen damit, dass die Zahl der Toten in den USA bis Anfang August auf rund 132 000 steigen wird. Trump hat aber betont, dass es einen erneuten Lockdown auch im Fall einer zweiten Infektionswelle mit ihm nicht geben soll.

G7-Gipfel im Weißen Haus?

Trump will der Welt nun zeigen, dass die USA wieder offen für Geschäfte sind und zur Normalität zurückkehren. Das Signal, das er sich wünscht: Dass der für Juni geplante G7-Gipfel nun doch in Washington tagt, statt wie geplant als Videoschalte abgehalten zu werden. Staats- und Regierungschefs auch aus Europa müssten dann ins Weiße Haus kommen – obwohl es noch kein Datum gibt, ab dem die Einreise in die USA für Europäer wieder erlaubt wäre. Can Merey

Covid-19: Die am stärksten betroffenen Länder



Kommentar

Die Pandemie entlarvt den Horrorclown im Weißen Haus

Wenn die Ebbe kommt, zeigt sich, wer nackt ist. Dieses Bonmot des Milliardärs Warren Buffett könnte als Schlagzeile über der Corona-Pandemie in den USA stehen, die mit mehr als 100 000 Toten einen traurigen Meilenstein erreicht hat. Theoretisch bedroht das Coronavirus alle Gruppen in der Gesellschaft gleich. In der Praxis bestehen gravierende Unterschiede. Aktuelle Zahlen vom „Ground Zero“ der Pandemie in New York illustrieren

das auf dramatische Weise: Demnach finden sich unter den zehn Bezirken mit den höchsten Todesfallraten acht, in denen Schwarze und Latinos die Mehrheit stellen. Dagegen gehört nicht einer der wohlhabenden Bezirke im weißen Manhattan dazu. Altenpflegerinnen, Busfahrer, Kassierer oder Mitarbeiter von Schlachthöfen müssen als essenzielle Arbeiter jeden Tag



Thomas Spang zu den Folgen des Coronavirus in den USA

ihr Leben riskieren, wenn sie etwas zu Essen auf dem Tisch haben wollen. Einwanderer trauen sich aus Angst vor Abschiebung nicht, mit Symptomen zum Arzt zu gehen, und stecken ihre Großfamilien in den oft viel zu kleinen Wohnungen an. Und Schwarze haben schon in normalen Zeiten

oft genug keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten. Und der Präsi-

dent? Trump zeigt wenig Empathie für die Betroffenen zeigt. Die Pandemie legt auf drastische Weise offen, dass der Kaiser selbst nackt ist. Wenn die Ebbe bleibt, könnten die Wähler im November Trump als das sehen, was er ist: ein Horrorclown im Weißen Haus, dessen Verbleib an der Macht inmitten einer Pandemie ein mitunter tödliches Risiko darstellt.

E-Mail: thomas.spang@rhein-zeitung.net

US-Präsident wittert bei Twitter Zensur

Donald Trump wirft Kurznachrichtendienst linkslastigen Eingriff in die Meinungsfreiheit vor – Jetzt will er die Konzerne in ihre Schranken weisen

■ **Washington.** In den USA liegt der Vorwurf der Zensur in der Luft: Präsident Donald Trump fühlt sich von angeblich linkslastigen Online-Netzwerken unterdrückt und will die Plattformen mit einer neuen Verfügung in die Schranken weisen. Sollte Trump seine Drohung wahr machen, werden sich wohl bald Gerichte damit befassen. Beide Seiten beanspruchen, die in den USA sakrosankte Meinungsfreiheit zu verteidigen. Der Streit macht deutlich, dass Plattformen wie Facebook und Twitter längst politische Macht haben.

Twitter hat das Fass nun zum Überlaufen gebracht. Der Kurznachrichtendienst – Trumps bevorzugte Plattform – unterzog erstmals einen Tweet des Präsidenten einem Faktencheck. Darin hatte

Trump behauptet, dass Briefwahl Wahlbetrug Vorschub leiste. Dem Faktencheck zufolge ist dies irreführend. Trump warf Twitter daraufhin vor, sich in die US-Präsidentenwahl im November einzumischen. Jetzt will er zurückschlagen. Er werde soziale Netzwerke streng regulieren lassen oder ganz schließen, falls sie „konservative Ansichten“ unterdrückten.

Trump könnte mit einer neuen Verordnung den umfassenden rechtlichen Schutz der Dienste ins Visier nehmen – einen Grundpfeiler, der Facebook, Twitter und YouTube in ihrer heutigen Form erst möglich gemacht hat. „Washington Post“ und „New York Times“ berichteten, dass das Wirtschaftsministerium die Telekommunikationsaufsicht FCC aufrufen solle,

den Geltungsbereich einer als „Section 230“ bekannten Regelung zu prüfen. Gemäß dieser Regelung werden Internetdienste nicht für von Nutzern veröffentlichte Inhalte wie Kommentare und Videos haftbar gemacht. Zugleich wird Plattformen erlaubt, gegen bestimmte Inhalte oder Nutzer vorzugehen. Sie bekämen damit „ein Schild und ein Schwert“, erklärten die Autoren der Regelung damals.

Der Entwurf der Präsidentenorder sieht den Berichten zufolge zudem vor, die unter anderem für Verbraucherschutz zuständige Aufsichtsbehörde FTC mit der Prüfung von Beschwerden über politische Voreingenommenheit zu

betrauen. Zudem sollen Bundesbehörden verpflichtet werden, ihre Ausgaben für Werbung in sozialen Netzwerken zu überprüfen.

Trump schrieb auf Twitter, große Technologiekonzerne unternehmen alles in ihrer Macht Stehende, um vor der Präsidentschaftswahl zu „zensieren“. „Falls das geschieht, haben wir unsere Freiheit nicht mehr. Das werde ich niemals zulassen.“

Offizielle Angaben zum Inhalt der Verfügung gab es zunächst allerdings nicht. Die Neuregelung dürfte jedoch schnell die US-Gerichte beschäftigen. Eine Sprecherin des Weißen Hauses sagte, dass Trump sie am Donnerstag unterzeichnen wolle.

